

Spektakuläre Wende bei Armeefinanzien

Der Ukraine-Deal ist tot. Der Ständerat will die Armeeaussgaben dennoch erhöhen – und zwar auf ein Prozent des BIP bis 2030.

Doris Kleck

Es war eine der kühnsten Entscheidungen im Bundeshaus der letzten Jahre: der 15-Milliarden-Deal für die Armee und die Ukraine. Sicherheitspolitikerinnen von links bis Mitte setzten zum grossen Coup an. Die Armee sollte 10,1 Milliarden Franken erhalten, und 5 Milliarden Franken sollten an die Ukraine für den Erhalt der kritischen Infrastruktur gehen – an der Schuldenbremse vorbei. Ein Zückerchen für rechts und eines für links. Ein grosser Kompromiss also. In der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates fand der Deal eine Mehrheit. Doch viele Parlamentarier blieben skeptisch. Am Montag nun begrub der Ständerat den Deal definitiv. Er lehnte die Motion mit 28 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Mitte-Ständerätin Marianne Binder gilt als Urheberin der Idee. Noch einmal erinnerte sie daran, dass die Ukraine das freie Europa verteidige: «Gewinnt der Kriegsverbrecher Putin, verliert Europa. Sowohl die zeitnahe Stärkung der Armee als auch die zeitnahe Stärkung der Ukraine dienen dem Schutz und der Sicherheit aller Menschen, die in der Schweiz leben.» Doch offenbar würde die Mehrheit dieses Rates die Einhaltung der Schuldenbremse höher gewichten als die dringliche Aufrüstung der Armee.

Ein finanzpolitisches Seminar im Ständerat

Tatsächlich drehte sich die Debatte vor allem um die Frage, ob die Schaffung des 15-Milliarden-Fonds an der Schuldenbremse vorbei verfassungs- und gesetzeskonform sei. Die Schuldenbremse verlangt, dass die Einnahmen und die Ausgaben des



«Die Sicherheit unseres Landes hat oberste Priorität», sagte Mitte-Ständerätin Andrea Gmür (LU).

Bild: Alessandro della Valle/Keystone

Bundes ausgeglichen sind. In ausserordentlichen Situationen sind allerdings Ausnahmen zulässig, so steht es in der Verfassung. Das Finanzhaushaltsgesetz konkretisiert, dass ausserordentliche Ausgaben zulässig sind bei «aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Entwicklungen.»

Rund um diese Frage hielt der Ständerat ein finanzpolitisches Seminar ab, wie selbst Verteidigungsministerin Viola Amherd feststellte. Für die Mehrheit war klar, dass ein Krieg in Europa zwar aussergewöhnlich und nicht steuerbar sei, die Auswirkungen für die

Schweiz aber sehr wohl, wie der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli sagte. Der Bund könne trotz Schuldenbremse adäquat reagieren: «Wir können rasch mehr Geld in die Armee stecken, um sie verteidigungsfähig zu machen. Es ist allein eine Frage des politischen Willens.»

Vier Milliarden Franken mehr für die Armee

SVP, FDP und die Mehrheit der Mitte-Ständeräte wollten nichts vom Deal wissen. Das Problem der Armeefinanzierung ist aber nicht gelöst. Denn der Ständerat hat am Dienstag auch mit 27 zu 17 Stimmen entschieden, dass

die Armeeaussgaben bereits bis 2030 auf ein Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) erhöht werden sollen. Im Rahmen der Beratung der Armeebotschaft entschied der Ständerat, dass der Zahlungsrahmen für die Jahre 2025 und 2028 bei 29,8 Milliarden Franken liegen soll. Kommissionspräsidentin Andrea Gmür (Mitte/LU) warnte, die Zeit dränge, es wäre fahrlässig, nicht alles zu unternehmen, um sich für den Worst Case zu rüsten. «Die Sicherheit unseres Landes hat oberste Priorität.» Der Zahlungsrahmen ist ein wichtiges politisches Signal – damit wird eine Obergrenze festgelegt. Das Geld

wird aber jeweils erst im Rahmen des Budgets gesprochen.

Der Bundesrat sah 25,8 Milliarden vor. Er will wegen der düsteren Finanzlage des Bundes das 1-Prozent-BIP-Ziel erst bis 2035 erreichen. Selbst dieser langsamere Ausbau ist aber nicht gegenfinanziert. Dem Bund fehlen 2030 rund 3 bis 4 Milliarden Franken. Eine Expertengruppe des Bundes sucht bis Ende des Sommers Sparmöglichkeiten.

Woher soll das Geld für den rascheren Ausbau also kommen? Der Ständerat nahm einen Antrag des Glarner FDP-Ständerats Benjamin Mühlemann

an, der erst kurzfristig eingereicht worden ist. Demnach soll die Hälfte, also 2 Milliarden Franken, bei der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit (IZA) gespart werden. 15 Prozent soll die Armee selber einsparen im Eigenbereich und 35 Prozent sollen alle übrigen Departement einsparen. Etwa beim Personal oder bei «wiederkehrenden Finanzbeschlüssen von erheblicher Tragweite».

«Wir müssen Kompromisse finden»

Dass dieser Sparantrag durchkam, war einigermaßen überraschend. Denn in der Debatte zum Ukraine-Deal machten tonangebende Mitte-Ständeräte wie Beat Rieder, Daniel Fässler oder auch Benedikt Würth noch deutlich, dass es allein mit sparen nicht getan sei, um die Zusatzkosten für die Armee zu finanzieren. Rieder erinnerte daran, dass verschiedene Ideen auf dem Tisch lägen. Eine Gruppe um den Mitte-Ständerat Peter Hegglin brachte schon eine befristete Mehrwertsteuer ins Spiel, FDP-Nationalrat Simon Michel möchte eine befristete Erhöhung der Unternehmenssteuern, SVP-Ständerat Werner Salzmann denkt an eine Wehranleihe. Benedikt Würth gab sich pathetisch und zuversichtlich: «Wir müssen Kompromisse finden auf dem Boden der Verfassung. Der Ständerat wird diese Kraft haben.»

Der Sparvorschlag des Ständerates muss auch noch die Beratung im Nationalrat überstehen. Und selbst dann: Es seien lediglich Hinweise an den Bundesrat, wo er sparen könnte, sagte Urheber Mühlemann. Die Debatte, wie stark und wie rasch die Armeeaussgaben erhöht werden sollen, wird weitergehen.

Biden schickt Stellvertreterin

Kamala Harris wird auf dem Bürgerstock die US-Delegation anführen.

Renzo Ruf, Washington

Das Rätselraten über eine Teilnahme von Joe Biden an der Ukraine-Konferenz hat ein Ende. Am Montag gab das Weisse Haus bekannt, dass seine Stellvertreterin Kamala Harris die amerikanische Delegation auf dem Bürgerstock anführen werde. Zusammen mit Jake Sullivan, dem präsidentialen Sicherheitsberater, werde sie Bemühungen der Ukraine für einen «gerechten und dauerhaften Frieden» unterstützen, heisst es in der Mitteilung. Die Schweiz wiederum zeigte sich in einer ersten Reaktion «erfreut» über diese Zusage, wie das Aussendepartement (EDA) auf dem Kurznachrichtendienst X schrieb.

Die Nichtteilnahme von Biden hatte sich in den vergangenen Tagen abgezeichnet. Der amerikanische Präsident wird am Samstag, dem ersten Tag der Ukraine-Konferenz, in Los Angeles (Kalifornien) erwartet.

Dort will Biden an einer Spendengala mit Ex-Präsident Barack Obama und den Schauspielern George Clooney und Julia Roberts mitwirken. Eine entsprechende Einladung zirkuliert seit einiger Zeit online.

Schicke Spendengala statt Friedenskonferenz?

Eine schicke Spendengala im Peacock Theater in Los Angeles statt einer Friedenskonferenz, macht das nicht einen schlechten Eindruck? Ein Sprecher von Biden wies diese Frage am Montag entschieden zurück. John Kirby sagte: «Die Ukraine hat keinen stärkeren Verfechter als Präsident Biden.» Von Beginn weg habe der Demokrat die Regierung in Kiew unterstützt, ganz im Gegensatz zu den Republikanern im Kongress. Aus seiner Abwesenheit könne nicht der Schluss gezogen werden, dass das Weisse Haus den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski fallenlasse, sagte Kirby.

Entscheidend war wohl letztlich, dass für den amerikanischen Präsidenten die Zeit ein knappes Gut ist, insbesondere in einem Wahljahr. Der nächste Urnengang findet bereits in fünf Monaten statt. Und Biden ist im Juni bereits aussergewöhnlich lange landesabwesend. Diese Woche hält er sich in Frankreich auf, wo er am Samstag in Paris von Präsident Emmanuel Macron empfangen wird. Dann folgt in der kommenden Woche eine Reise nach Italien, zum Gipfel der führenden westlichen Industrie- und Wirtschaftsnationen. Während diesen Auftritten könnte Biden zwar ausserpolitisch Punkte sammeln; vielen amerikanischen Wählerinnen und Wählern sind wirtschaftspolitische Themen aber wichtiger.

Harris wiederum ist mit dem Ukraine-Dossier vertraut. Zuletzt vertrat sie die USA an der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar, wo sie auch mit Selenski sprach.

Schüler bedroht Lehrerin

Die Polizei rückte in Bellinzona mit einem Grossaufgebot aus.

Kari Kälin

Die Evakuierung musste schnell gehen. «Wir konnten nicht einmal mehr unsere Sachen zusammenpacken», sagte ein Schüler der Zeitung «La Regione». Die Gemeindepolizei von Bellinzona rückte gestern mit Unterstützung der Tessiner Kantonspolizei zur kantonalen Handelsschule in Bellinzona aus. Weshalb der Grrosseinsatz?

Kurz nach elf Uhr alarmierte die Schulleitung die Polizei, eine Lehrerin werde von einem Schüler bedroht, möglicherweise trage er eine Waffe auf sich. Die ausgerückten Polizisten beorderten alle Schülerinnen und Lehrpersonen in und vor eine Turnhalle. Um 11.30 Uhr war der Spuk vorbei. Verletzte gab es keine, wie die Polizei am frühen Nachmittag mitteilte.

Am späteren Nachmittag ergänzte die Polizei ihre Angaben. Sie nahm einen 15- und einen 16-jährigen Schüler fest. Beide

sind Schweizer und wohnen im Raum Bellinzona. Der jüngere habe die Lehrerin bedroht mit einer unter der Hose versteckten Waffe, der ältere habe sie in ein Versteck ausserhalb des Gebäudes geführt, so die Polizei. Die Jugendanwaltschaft ermittelte gegen den 15-jährigen wegen Drohung und Verstosses gegen das Waffengesetz, gegen den 16-jährigen ebenfalls wegen Waffendelikten. Die Polizei stellte eine Pistole sicher; sie war nicht schussbereit.

Gemäss diversen Medienberichten herrschte keine Panik, aber einige Jugendliche waren verängstigt. Zum Motiv des Drohenden machte die Polizei keine Angaben. Gegenüber dem «Corriere del Ticino» berichtete der Vater einer Schülerin, einer der beiden involvierten Jugendlichen müsse ein Schuljahr wiederholen, was er schlecht verdaut habe.

Die Geschichte weckt Erinnerungen an einen Vorfall an der

gleichen Schule im Mai 2018. Ein damals 19-jähriger Schweizer Schüler plante dort ein Massaker. Schülerinnen und Lehrer stellten auf Social Media auffälliges Verhalten fest, alarmierten die Polizei und verhinderten so womöglich ein Blutbad. Der Schüler wurde zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Er sitzt die Strafe nicht in einem normalen Gefängnis ab, sondern muss sich einer psychiatrischen Behandlung unterziehen.

Physische Gewalt gegen Lehrpersonen

Von Amokläufen an Schulen blieb die Schweiz bis jetzt verschont. Unter Gewalt leiden Lehrpersonen indes auch hierzulande. Im Januar 2023 präsentierte der Verband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer die Resultate einer repräsentativen Umfrage. Demnach wurden in den letzten fünf Jahren 15 Prozent aller Lehrpersonen physisch angegriffen.